

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!

Wir rufen dazu auf, im Rahmen der Ostermärsche vom 07.-10. April 2023 an Rhein und Ruhr für den Frieden auf die Straße zu gehen!

Waffenlieferungen bringen keinen Frieden, Diplomatie statt Waffen und Sanktionen!

Durch die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen verschlimmert auch die deutsche Regierung den Krieg in der Ukraine, tötet und verletzt immer mehr Menschen, zwingt sie zur Flucht, zerstört das Land. Deutschland und die westlichen Verbündeten sind Kriegsparteien.



Vertreten durch die NATO, setzten sie durch die Osterweiterung, massive Aufrüstung und provokante Manöver fortwährend auf Konfrontation gegenüber Russland.

Der in der Ukraine schon 2014 begonnene, seit dem russischen Einmarsch im Februar 2022 eskalierte Krieg und der immer mehr verschärfte Wirtschaftskrieg gegen Russland verstärken weltweit Hunger und soziale Ungleichheit. Eine weitere Eskalation des Krieges ist jederzeit möglich, mit Angriffen auf das Territorium Russlands, einer Ausdehnung auf NATO-Staaten, der Havarie eines Atomkraftwerkes im Kriegsgebiet oder dem Einsatz von Atomwaffen. **Nur Verhandlungen können aus der Sackgasse dieses Krieges herausführen.**

Der Wirtschaftskrieg durch Sanktionen führte zu rasanten Preissteigerungen in allen Bereichen des Lebens und verschärft Hunger und Armut weltweit, der Ersatz russischer Erdgaslieferungen durch Fracking-Gas katastrophiert Klimaschutzziele in unerreichbare Ferne.

Mit der avisierten Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und dem im Februar 2022 beschlossenen „Sondervermögen“ werden Gelder verschwendet, die wir dringend für die Überwindung der drängendsten Probleme in unserem Land benötigen. Nur gemeinsam mit Russland und China sind wir auf diesem Globus in der Lage, der Herausforderung des Klimaschutzes erfolgreich entgegenzutreten! Nur gemeinsam mit Russland und China ist dauerhafter Frieden weltweit möglich!

Die Ampel-Regierung und der sogenannte „Werte-Westen“ setzen jedoch auf die militärische Karte. Wir müssen aussteigen aus dieser Kriegslogik!

Nur die Entwicklung eines friedlichen Europas unter Einbeziehung Russlands kann Grundlage einer friedlichen Koexistenz darstellen.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

- Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine und in alle anderen Kriegsgebiete der Welt.
- sich für die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit einzusetzen und im ersten Schritt alle Atomwaffen aus unserem Land zu entfernen.
- eine eindeutige Position für Verhandlungen ohne Vorbedingungen.
- die Beendigung aller Sanktionen gegenüber Russland.
- einen sofortigen Stopp des Aufrüstungswahns, investieren Sie die dafür vorgesehenen Gelder zu unser aller Wohl: für Bildung, Wohnen, Gesundheit, Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz

Ostermarsch 2023 – wann und wo

07.04.2023 Karfreitag in Gronau

Start um 13:00 Uhr am Bahnhof, nach einer kurzen Auftaktkundgebung geht es dann zu Fuß zur Urananreicherungsanlage. Dort ist eine weitere Kundgebung

08.04.2023 Samstag in Duisburg

Auftaktkundgebung um 11 Uhr, Kuhtor in Duisburg, Fahrt nach Düsseldorf

08.04.2023 Samstag in Düren

Kundgebung "Verbot von Atomwaffen", 11 Uhr, zwischen Kaiserplatz und Markt, Demo zum Bahnhof, Fahrt nach Düsseldorf

08.04.2023 Samstag in Bonn

14 Uhr, Kundgebung am Rheinufer, Beueler Seite.

Fortsetzung auf der Rückseite

in NRW 
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Mit §130 gegen „Putinverstehler“

Wer nach Ursachen des Ukraine-Kriegs fragt, gilt als „Putinverstehler“. Wer daran zweifelt, dass russisches Militär ein vom russischen Militär kontrolliertes Atomkraftwerk beschießt, um der Ukraine Kriegsverbrechen anzuhängen, oder daran, dass Russland die teuer erbauten Pipelines Nord Stream 1 und 2 gesprengt hat, um kein Gas mehr nach Deutschland zu liefern, wird ja wohl vom Kreml bezahlt.

Antirussische Propaganda hat Hochkonjunktur. Keine Behauptung ist zu abstrus, um nicht in Dauerschleife durch die bürgerlichen Medien getrötet zu werden. „Der Russe“ wird als Kriegsaggressor dargestellt und „die Russen“ kollektiv verurteilt. Vieles wird jedoch nicht berichtet. So unterbreitete Russland der NATO noch im Dezember 2021 einen Vorschlag für Vereinbarungen über die Gewährleistung gegenseitiger Sicherheitsgarantien, sie forderten eine „Neutralität“ der Ukraine und im Grenzbereich zu Russland einen „Korridor“ beiderseitig frei von militärischen Stationierungen. Die NATO lehnte ab.

Wenn es gegen Russland geht, gibt es kaum noch Haltelinien. Mit der Änderung des Strafrechtsparagrafen 130 wurde auch die Justiz für eine Praxis der Relativierung eingeschworen. Während auf der einen Seite der Vergleich der Covid-Maßnahmen mit dem Nationalsozialismus als Relativierung des Völkermords strafbewehrt ist, gilt dies selbstverständlich nicht für die zahlreichen Vergleiche und Gleichsetzungen mit Russland. Allen, die diesem neuem Geschichtsbild nicht folgen, droht die strafrechtliche Verfolgung wegen öffentlicher Verharmlosung von Kriegsverbrechen und Völkermord.



Ostermarsch 2023 – wann und wo

Fortsetzung

08.04.2023 Samstag in Münster

Osterfriedensradtour, Treffpunkt 13.30 Uhr am Schloss

08.04.2023 Samstag in Köln

11Uhr Appellhofplatz

08.04.2023 Samstag in Düsseldorf

Auftaktkundgebung 14.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. (nähe DGB-Haus Düsseldorf), 14.45 Uhr Demonstration durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz

09.04.2023 Sonntag ab Essen

9:30 Uhr Hirschlandplatz, Treffen, schmücken der Räder; 10:00 Uhr Rede Werner Strahl IPPNW+ Kulturbeitrag Ca. 10:30 Uhr Beginn Fahrradetappe über Gelsenkirchen, Wattenscheid, Herne bis Bochum

10.04.2023 Montag in Dortmund

Beginn 12:30 Uhr mit der Friedensandacht in Dorstfeld, ab 13 Auftaktkundgebung. Abschluss ab 15 Uhr auf dem Hansaplatz.

Aktuelle Infos unter ostermarsch-ruhr.de

Wir fordern die sofortige Entlassung von Außenministerin Annalena Baerbock. Wir Unterzeichner dieser Petition meinen, dass sie ihren Amtseid gebrochen hat und den Menschen in Deutschland schadet.

Begründung

Übereinstimmende Berichte belegen, dass Frau Baerbock in der Funktion der Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland die Aussage getätigt hat: "Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland". Solch eine Aussage trägt die Gefahr in sich, dass die Bundesrepublik Deutschland zum Kriegsschauplatz wird. Dies wird durch die aktuell beschlossenen Lieferung von Kampfpanzern noch verstärkt. Frau Baerbock hat damit ihren Amtseid gebrochen. Als Quelle für unsere Aussage verweisen wir auf die Aufnahme der Baerbock-Rede im Europarat in Straßburg, sie kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=LmSZQS3HdTI>

Vielen Dank für Ihre Unterstützung, Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Jetzt unterschreiben!

openpetition.de/petition/online/baerbock-muss-weg